

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 8,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechanruf: Ring Nr. 8837.

Dienstag, 22. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8gepaltene Millimeterzelle oder deren Raum 0,30 Mk., auswärts 0,30 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzelle, 3 gepalten oder deren Raum im Text 4,- Mk.

## Die Weltreaktion auf Bauernfang.

Die weißen Banditen rüsten unter einer Friedensmaske.

Die bürgerliche Presse meldet:

Wien, 18. Februar. Die Entente-Missionen haben einen Zentralnachrichtendienst für die russische Front eingerichtet. Es treffen auf diesem Wege ununterbrochen Nachrichten ein, daß die Moskauer Regierung alle Vorbereitungen für einen großen Frühjahrsfeldzug trifft, um gleichzeitig an der polnischen und an der rumänischen Front anzugreifen. Durch einen solchen Angriff soll verhindert werden, daß diese beiden Staaten einander zu Hilfe kommen. Der entscheidende Angriff soll an der beharabischen Front, und zwar am Penth erfolgen. Die bolschewistische Propaganda hat in der rumänischen Armee schon größere Erfolge erreicht und die Russen geben sich der Hoffnung hin, daß es ihnen gelingen werde, in Siebenbürgen einzubringen.

Die französische Armeeleitung

ist über diesen Stand der Dinge vollkommen unterrichtet und macht alle Anstrengungen, um die polnische und die rumänische Armee in einen entsprechenden Verteidigungszustand (?) zu setzen. Fortwährend rollen Munitionstransporte nach Polen und Rumänien. Auch die Mitwirkung der Tschechen soll gesichert werden.

Paris, 19. Februar. Der „Temps“ bringt einen Artikel zur Verherrlichung eines französisch-polnischen Bündnisses. Er nennt Frankreich und Polen die „Friedenswächter“ auf dem Kontinent. Diese Verantwortlichkeit sei bei der Haltung Deutschlands schwer und deshalb ein enges Zusammenarbeiten zwischen Polen und Frankreich erforderlich, politisch und folglich auch militärisch; denn die deutsche Gefahr erhebe sich wieder. Für ihre Verteidigung müssen Frankreich und Polen schwere Opfer auf sich nehmen. Jedes von beiden Ländern müsse eingreifen, wenn das andere ohne eigene Herausforderung vom bewaffneten Deutschland angegriffen (?) werde.

Die Nachrichten der bürgerlichen Presse über die Vorbereitungen eines großen Frühjahrsfeldzuges von Seiten Sowjetrußland sind glatter Schwindel und sollen nur die eigenen Vorbereitungen, die Hüfungen der internationalen Bourgeoisie gegen das proletarische Rußland rechtfertigen und verdecken. Rußland ist in der Demobilisation seiner roten Armeen soweit geschritten, als es in Betracht der dauernden Bedrohung durch das Weltkapital schreiten konnte. Es denkt nicht daran, durch eine Invasion die kapitalistischen Regierungen im westlichen Europa zu fügen. Das kann nur die Aufgabe der proletarischen Massen in den eigenen Ländern sein.

## Die deutsche kapitalistische Regierung macht die Geschäfte der Gegenrevolution.

Die elende Verlogenheit der bürgerlichen Presse zeichnen treffend folgende Meldungen:

Die Eisenbahndirektion in Halle hat gerade jetzt, wo der herannahende Frühling eine neue Offensive gegen Sowjetrußland wieder möglich macht, folgende Verordnung erlassen:

„Die durch unsere Umbruchsverfügung vom 10. August 1920 angeordnete Maßnahme, die Frachtdienste insbesondere auf Kriegsförderung von bestimmten Bediensteten nachprüfen zu lassen, wird aufgehoben, da sie infolge der Beendigung des Krieges zwischen Rußland und Polen gegenstandslos geworden ist. Die betreffenden Bediensteten sind somit ihren früheren Dienstposten wieder zuzuführen.“

Der Grund für die Aufhebung der Waffentransportkontrolle nach Polen ist nur vorgetäuscht. Jedermann weiß, daß der Frieden nicht abgeschlossen ist, daß auch jetzt noch umfangreiche Vorbereitungen für eine Frühjahrsoffensive gegen Sowjetrußland getroffen werden. Die Eisenbahner des Halleschen Bezirkes werden aber trotz der Verfügung auf dem Posten sein.

Berlin, 18. Februar. Nach einer Blättermeldung aus Stettin wurde in Balowin an der Grenze Pommerns nach Polen ein rumänischer Händler festgenommen, der verächtliche, große Mengen Heeresmaterial nach Polen zu verschleichen. Wie die „Lauenburger Zeitung“ berichtet, handelt es sich um Werte von vielen Millionen, darunter 50 Flugzeuge, Geschütze, Maschinengewehre, Scherenfernröhre, 100 000 Militäräusrüstungen, Sättel usw. Weiter wurde im Kreis Lauenburg ein Besitzer verhaftet, der 13 Maschinengewehre über die Grenze nach Polen verschoben hatte.

## Vorbereitungen Polens zur neuen Offensive.

In Polen wird jetzt ein eventuelles militärisches Vorgehen gegen Sowjetrußland politisch vorbereitet. So ist ein Aufruf durch die gesamte polnische Presse gegangen, in dem die „Bevölkerung“ des Minister Bezirkes den Anschluß an Polen verlangt. Im Namen der „Bevölkerung“ haben 16 Männer den Aufruf gezeichnet, die fast sämtlich enteignete polnische Großgrundbesitzer sind.

Das Geschrei der kapitalistischen Banden entpuppt sich also als weiter nichts als elende Heuchelei. Man wird im Frühjahr den Gendarmen des Kapitals, Polen, wieder gegen das Rußland der Arbeiter und Bauern hegen. Und man wird es solange und immer wieder tun, bis das Proletariat der westeuropäischen Staaten diesem Gefindel das Handwerk legt.

## Ein neuer Vorstoß gegen die Kommunisten.

Je mehr der Bankrott der alten Gewerkschaftsmethoden offenbar wird, desto hysterischer wird der Kampf der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Kommunisten. Die Bürokratie des alten Bergarbeiterverbandes hat einen neuen Ullas erlassen, der verfügt, daß alle Mitglieder sich ohne weiteres außerhalb des Verbandes stellen, die

1. an Bildung kommunistischer Reimzellen oder Fraktionen sich beteiligen oder sie fördern,
2. an Konferenzen teilnehmen, die von kommunistischer Seite einberufen und gegen die Organisation gerichtet sind,
3. als Kandidaten für die kommunistischen Wahlen sich anstellen lassen oder für sie agitieren und
4. die Einheitsfront und die nötige Verbanddisziplin durchbrechen.

Die Bürokratie des Bergarbeiterverbandes kann mit dieser Leistung eine gewisse Originalität für sich in Anspruch nehmen. Um am Ende anzufangen: die Einheitsfront, die der Bergarbeiterverband nicht bedrohen lassen will, ist natürlich die Einheitsfront zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Zehnerkapital. Für die proletarische Einheitsfront kämpfen mit aller Hingabe die Kommunisten und gerade deswegen sollen sie ja aus dem Bergarbeiterverband ausgeschlossen werden. Die Listen 3, 2 und 1 sind glatte Ausnahmebestimmungen gegen die Kommunisten, denn die Mitglieder der übrigen Parteien von Herrn Hue angefangen tun das, was hier den Kommunisten verboten wird, seit Langem ungeniert und in aller Öffentlichkeit. Unsere Genossen werden sich natürlich durch

solche blödsinnigen Bevormundungsversuche nicht einen Augenblick von ihrer auf die Stärkung der Gewerkschaften hienzielenden Arbeit abhalten lassen. So gewiß wie der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, an dem der Kapitalismus zusammenbricht, so gewiß ist auch, daß unter den Trümmern dieses Zusammenbruchs die getretenen Handlanger des kapitalistischen Systems für immer begraben werden.

## Anschluß der linken Sozialrevolutionäre an die russischen Bolschewiki.

Berlin, 19. Februar. Nach einer Meldung aus Moskau hat der linke Flügel der sozialrevolutionären Partei beschlossen, sich den Bolschewiki anzuschließen und hat seine gesamten Parteifakten als Parteieigentum dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands übergeben.

## Hungertod in Budapest.

Die Blätter melden, daß vor dem Hause Uteggasse 8 und vor dem Hause Kereszsgasse 6 zwei Arbeiterinnen, beide im Alter von ungefähr 45 Jahren, tot aufgefunden worden sind. Ihre Identität konnte nicht festgestellt werden; bei der Sezierung wurde konstatiert, daß ihr Tod wegen Nahrungsmangel eingetreten ist.

## Der Boykott der Engländer in Indien.

„Sawesia“ meldet: Laut Meldungen einer indischen Zeitung wurde in Lahore ein Komitee gebildet, um die Beschlüsse betreffs des Widerstandes gegenüber der englischen Regierung in die Tat umzusetzen.

## Die wirtschaftliche Krise in Polen.

Ueber die zunehmende wirtschaftliche Krise in Polen veröffentlicht der „Nowoj Mir“ einen bemerkenswerten Artikel.

Der nächste Friede, so heißt es darin, hat weder die allgemeine Wirtschaftspolitik der Regierung geändert, noch die allgemeine wirtschaftliche Lage irgendwie gebessert. Genau wie früher werden Millionen für die Armee verausgabt. Nach einer Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates Witos (Rede im Sejm vom 27. Januar) verschlingt die Front auch jetzt noch nicht weniger als 3 1/2 Milliarden Mark monatlich. Noch jetzt, am Vorabend des Friedensschlusses mit den Bolschewiken, betragen die Ausgaben für die Armee 80 Prozent des Ausgabenbudgets, schreibt der liberale „Kurier Polski“ am 20. Januar dieses Jahres. Die Zeitung „Robotnik“, das Organ der Sozialpatrioten, teilt am 12. Februar mit, daß im Büro des Kriegsministeriums in Warschau 300 Abteilungen mit 600 Stenotypistinnen bestehen, in denen 2000 Offiziere sitzen. An eine Verringerung der Kriegsausgaben ist noch nicht zu denken, zumal man beabsichtigt, auch nach Friedensschluß eine Armee von 300 000 Mann zu halten. Es ist daher nicht zu verwundern, daß jetzt schon das Ausgabenbudget für 1921 mit 100 Milliarden Mark bei einem Defizit von 80 Milliarden Mark aufgestellt ist. Der Niedergang der polnischen Mark hält an. An der Warschauer Börse wurden am 11. Februar für einen Dollar 805 polnische Mark, für ein englisches Pfund 3100 Mark und für einen Franken 58 Mark bezahlt. An der Berliner Börse konnte man am 31. Januar 1920 für 100 polnische Mark 64 deutsche Mark erhalten, am 31. Juli 1920 21 deutsche Mark und am 31. Januar 1921 7 1/2 Mark.

In Anbetracht des Fiascos der letzten polnischen Prämienanleihe, die anstatt der erwarteten 5 Milliarden nur 700 Millionen gebracht hat, denkt der Finanzminister jetzt an eine einmalige außerordentliche Steuerabgabe. Dieses Projekt ist nicht neu. Es ist schon mehr als einmal hervorgehoben worden und jedesmal infolge des Einspruches der bestehenden Klassen wieder verschwunden. Die Ernährungslage für die Städte und Industriezentren verschlechtert sich zusehends. Im ersten halben Jahr 1920 waren 54 000 Waggons Mehl nötig, während der Ernährungsminister damit rechnet, nur 10 bis 15 000 zu erhalten („Robotnik“ vom 25. Januar). Die Regierung läßt deshalb durch den Mund des Ministerpräsidenten auf die Notwendigkeit einer Kürzung der Brotration hinweisen. Gleichzeitig hat der neue Ernährungsminister Grodecki auf die Notwendigkeit der Verminderung der Zuckerration von 300 bis 400 Gramm monatlich, auf 100 bis 200 Gramm monatlich aufmerksam gemacht („Kurier“ vom 27. Januar). Selbstverständlich wird von dieser Verkürzung nur die arbeitende städtische Bevölkerung betroffen, die jetzt schon tatsächlich hungert. Die Hungerration von 1/2 Pfund Brot täglich wird schon unregelmäßig herausgegeben. Sogar die Stadt Warschau, die aus politischen Erwägungen in erster Linie versorgt wird, hat seit Januar infolge Mehlmangel 1/3 der städtischen Brotbäckereien schließen müssen („Robotnik“ Nr. 11).

Auch die Kohlenversorgung hat sich nicht gebessert. Der „Robotnik“ vom 14. Januar teilt aus Lodz mit, daß die dortigen Fabriken von Geyer und Bosnanski infolge Kohlenmangels stillgelegt sind und 6000 Arbeiter auf der Straße liegen. Die beiden Fabriken haben in den letzten zehn Tagen gleichsam zum Hohn zehn Zentner Kohle erhalten. Infolge der vollständigen Untätigkeit der Regierung steigt die Erbitterung der Arbeiterschaft, die Lage in Lodz ist hoffnungslos.

Inzwischen geht der Ausverkauf Polens rapid vorwärts. Der „Kurier Polski“ vom 12. Februar schreibt: „Wir haben von zuverlässiger Quelle erfahren, daß die Reichs-Petroleumanstalt in Drohobycz an eine holländische Kapitalistengruppe für 20 Millionen holländische Gulden verkauft werden. Außerdem unterhandeln holländische Kapitalisten über den Ankauf einer Reihe von Zuckerraffinerien.“ Der Finanzminister beabsichtigt, der „Rzeczpospolita“ vom 21.sten Januar zufolge, die Reichs-Salzbergwerke einem ausländischen Privatunternehmen zu verpachten.

Durch französisches Kapital ist eine neue große Petroleum-Gesellschaft „Polpetrol“ gegründet worden, die eine energische Tätigkeit zum Ankauf der noch in polnischen Händen befindlichen Petroleumfelder entfaltet.

Die Industrie befindet sich in dem Zustande des Zusammenbruchs, dafür blüht die Kriegsindustrrie. Die Munitionsfabrik „Socit“ hat ihr Grundkapital erneut, von 56 auf 108 Millionen Mark erhöht.

Die Preise der Gebrauchsgüter steigen rapid. Nach Angaben der statistischen Reichskommission beträgt die Steigerung der Preise von November auf Dezember 37%, von

M 120

# Das Ergebnis der Preußenwahl.

Dezember auf Januar 1920; dagegen bleiben die Lohnaufschlagungen der Arbeiter weit hinter der Steigerung der Leertung zurück. Daher fortwährende Streiks der Post- und Telegraphenbeamten, der Eisenbahner, der Elektriker usw. Es ist nur zu natürlich, daß auf den Ruinen dieses allgemeinen Zusammenbruchs die Spekulation erblüht. Vom April 1919 bis Dezember 1920 sind in Polen 800 neue Aktiengesellschaften gegründet worden, darunter 180 Kreditinstitute. Alle diese Gesellschaften haben keinerlei Beziehung zur Industrie.

Die allgemeine Lage kann man mit den Worten des Organs der polnischen Finanz- und Industriekreise „Kurrier Polski“ am besten schildern, der in einem Artikel „Zum Abgrund“ schreibt:

„Wir rollen schnell in den Abgrund. Dieser Zustand erscheint als eine Folge der Kriegspolizei, die nicht die Schwäche und den erschöpften Zustand unserer Räfte in Betracht zog. Sie hat den hoffnungslosen Zustand vernachlässigt, in welchem wir uns jetzt befinden.“

Nichtdehnenwärtiger halten die polnischen Regierungskreise an ihrer militärischen Politik fest und sabotieren die Friedensverhandlungen in Wiga.

## Politische Uebersicht.

### Die Rote Armee gemacht werden.

Polizei und Spießeltrug sind damit beschäftigt, endlich in Halle eine Rote Armee zu schaffen.

Mit welchen Mitteln sie dabei vorgehen, geht aus folgendem hervor: Anfang voriger Woche besuchte ein Herr Brüning die kürzlich aus der SPD. ausgeschlossene Frau Krüger, Keilstraße 133, und forderte sie auf, ihm Material gegen den Genossen Lemd zu verschaffen, um ihn endgültig zu erledigen. Brüning hat bekanntlich in der Spießeltrug Horn den Scheit der Mitteldeutschen Privatbank über 5000 Mk. für Beschaffung von Waffen ausgestellt und wurde seinerzeit nach zwei Tagen Haft wieder entlassen.

Am Montag, den 14. Februar abends, erschien in der Wohnung des ebenfalls aus der SPD. ausgeschlossenen Herrn Krämer, Berliner Straße 32, der rechtssozialistische Halleische Polizeidirektor Döhlz mit dem Kriminaloberwachmeister Dubiel und fragte Krämer, ob er nicht angeben könnte, daß der Parteisekretär Lemd der Organisations- und Führer der Roten Armee in Mitteldeutschland sei. In Halle selbst wären bekanntlich 400 Rotgardisten; sie hätten erfahren, daß Herr Krämer und Frau Krüger durch ihren Ausschluß aus der SPD. mit Lemd verfeindet seien, und sie hätten infolgedessen großes Interesse daran, Lemd ein für allemal unschädlich zu machen. Auch nach den Namen der anderen „Führer der Roten Armee“ und nach den „Waffenlagern“ erkundigten sich beide eingehend. Wenn Krämer sich bereit fände, das Material herbeizuschaffen, würden ihm sofort 10 000 Mark ausgezahlt, weitgehendster polizeilicher Schutz und eine gediegene Begleitung zugesichert. Man machte noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Halleischen Fabrikanten mit Freude Tausende von Mark opfern würden, wenn es gelänge, Material gegen Lemd herbeizuschaffen.

Da wir diese Mitteilungen über die unglaublichen Vorgänge das größte Misstrauen entgegenbrachten, suchten wir nach einer Gelegenheit, um untrügliche Beweise für die faulere Spießeltrug zu bekommen.

Am 16. Februar abends sollte in der Wohnung Krämers eine neue Besprechung mit Brüning und einer Frau Kaufmann über die ganze Angelegenheit stattfinden. Krämer machte uns von diesem Besuch Mitteilung und wir beschloßen, einem Genossen an dieser Unterredung mit den Feigspießeln teilzunehmen zu lassen. Auch hatten wir noch einen Genossen mit einer Stenogramm in Form eines Unterzeichnungs, so daß ein Stenogramm der Aussprache vorliegt. Brüning erkundigte sich besonders eingehend, wie lange es dauere, bis er in die „Rote Armee“ eingetreten sei, in zehn Tagen müßte die ganze Angelegenheit erledigt sein. Frau Kaufmann meinte, die einzelnen Mitglieder der Roten Armee könnten natürlich nicht bestraft werden, sondern es handle sich nur um die Führer und hauptsächlich um Lemd. Ein Verhaftungsmandat sollte sich nun an diese Führer herausfinden, um Pläne und Schriftstücke der Roten Armee in seine Hände zu bekommen; Geld spielte dabei keine Rolle. Krämer wurde einhundert Mark gegeben mit dem Bemerkten, er habe doch das Brauer herzu lassen.

Sowas die Feigspießeltrug! — Der rechtssozialistische Regierungsapparat ist also schon so tief gesunken, daß er sich solcher Methoden bedient, um den Kampf gegen die Arbeiterklasse zu führen. Man will unter allen Umständen eine „Rote Armee“ konstruieren, um — wie in Osnabrück, im Ruhrgebiet, in Magdeburg usw. die Kommunisten festzunehmen und anschließend wegen Hochverrats zu hängen. Man hat kein „Material“, keine Beweise, und mag sie selbst ja abgeben, um ihren Vorzeigern das allzeit willfährige Werkzeug zu sein.

### Die Orgel nicht im Panzerwagen.

In Bad Rölln sind vor einiger Zeit drei Panzerwagen abgemacht worden, die nach Döhlzungen bestimmt waren. Da der Transport nicht ausfiel, sollte man sich nachschauen, was und wie in Halle in einem Schuppen vier der Panzerwagen völlig ohne Aufsicht des Besizers in einem schlechten Zustand in der Halle halbes verblieben. Die Orgel lag auf der Straße zwischen Kanonen; die Orgel fehlte. Sämtliche Maschinenorgeln und Besätze fehlten; der nächste Unteroffizier des Trupps ist verhaftet.

Wie man sieht, geht es also in Döhlz in jeder Hinsicht und Weise mit allen Mitteln voran.

### Heimgelunden.

Der „Vorwärts“ schreibt, daß die Mitglieder der USPD in Sachsen und Thüringen zur SPD. übergetreten sind. Die Verbände der USPD. in Sachsen und Thüringen haben folgende Besatzung verlassen:

Folgende Teilergebnisse der Landtagswahl liegen uns zurzeit vor:

### Das Breslauer Wahlergebnis.

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Preußenwahl für die Stadt Breslau zeigt folgende Zahlen:

	Stimmen	Reichstagswahl 6. 6. 20
Deutschnationale . . . . .	54 718	41 682
Deutsche Volkspartei . . . . .	27 855	42 177
Zentrum . . . . .	38 533	38 132
Demokraten . . . . .	17 042	18 686
Mittelstandspartei . . . . .	9 164	6 725
Sozialdemokraten . . . . .	121 062	111 220
Unabhängige . . . . .	2 144	21 917
Kommunisten . . . . .	8 823	1 100
ungültig . . . . .	468	

### Wahlergebnisse aus Schlessen.

Schweidnitz-Stadt: Dn. 4331, D. Sp. 1255, Dem. 1094, J. 2554, Soj. 3996, Unabh. 193, Komm. 641, Sonstige 126.

Waldenburg: Dn. 1182, D. Sp. 2751, Dem. 1047, J. 2356, Mittelst. —, Soj. 9765, Unabh. 75, Komm. 1547 Stimmen.

Reichenbach (unvollständig): Dn. 5611, D. Sp. 2158, Dem. 2202, J. 4577, Soj. 14 331, Unabh. 325, Komm. 1085.

Mittisch: Dn. 562, D. Sp. 290, J. 250, Mittelst. 1, Dem. 238, Soj. 619, Komm. 27.

Giegnitz (Stadt): Dem. 2352, J. 2900, Soj. 14 277, Dn. 7123, D. Sp. 8109, Mittelst. 3609, Unabh. 867, Komm. 582.

Biegenitz: Dn. 6951, D. Sp. 8433, J. 2685, Dem. 2153, Soj. 14 160, Unabh. 764, Komm. 607, Mittelst. 3321. Landeshut (Stadt): Dn. 1005, D. Sp. 622, J. 957, Dem. 401, Soj. 1759, Komm. 777, Mittelst. 342.

Girschberg, aus 34 Bezirken: Dn. 5333, D. Sp. 3558, J. 2112, Mittelst. 293, Dem. 5091, Soj. 10 685, Unabh. 15, Komm. 1012.

Grünberg (Stadt): Dn. 2064, D. Sp. 1193, J. 658, Dem. 1402, Soj. 5519, Unabh. 1115, Komm. 604, Mittelst. 208.

Sagan: Dn. 5589, D. Sp. 19065, Dem. 911, J. 1854, Soj. 7509, Komm. 1171.

Hannau: Dn. 709, D. Sp. 300, Dem. 834, J. 255, Mittelst. 733, Soj. 2032, Un. 165, Komm. 426.

Bunzlau (Stadt und Land) Dn. 5 798, D. Sp. 2354, Dem. 2032, J. 2229, Soj. 12 062, Un. 76, Komm. 713, 4 ländliche Ortschaften fehlen.

Girschberg, aus 34 Bezirken: Dn. 5333, D. Sp. 3558, J. 2112, Mittelst. 293, Dem. 5091, Soj. 10 685, Un. 15, Komm. 1012.

Greifenberg: J. 255, Dn. 152, D. Sp. 223, Dem. 521, Mittelst. 20, Soj. 593, Un. 18, Komm. 46.

Görlitz (Stadt): Dem. 4968, D. Sp. 8 384, J. 2 085, Dn. 5 747, Soj. 20 161, Un. 1510, Mittelst. 1805, Komm. 1195.

Brieg (Stadt und Land): Dn. 10 068, D. Sp. 3 647, J. 2426, Dem. 1268, Mittelst. 100, Soj. 13 686, Komm. 157.

Saarau: Dn. 213, D. Sp. 161, Dem. 111, J. 253, Soj. 914, Unabh. 9, Komm. 29.

Reiffau: Dn. 57, D. Sp. 87, Dem. 8, J. 13, Soj. 37, Komm. 3.

Canth: Dn. 309, D. Sp. 180, Dem. 120, J. 563, Soj. 385, Komm. 6.

Neumarckt i. Schl.: Soj. 736, Dem. 254, J. 452, Dn. 557, D. Sp. 247, Mittelst. 45, Komm. 110.

Die revolutionären Arbeiter der Fortschritt des Proletariats, haben kommunistisch gewöhnt. Die Sozialdemokraten haben ihre Stimmen um diejenigen vermehren können, die beim Abmarsch der revolutionären Massen aus der USPD. zu den Kommunisten, sich nicht Klassenbewußt und opferbereit genug fühlten, den schweren Weg des Kampfes zu beschreiten. Das Stimmverhältnis zwischen den Arbeiter- und den bürgerlichen Parteien, welches sich bei der Reichstagswahl

im Juni zeigte, dürfte sich nicht wesentlich verändert haben. Die preußischen Landtagswahlen bedeuten also ebenso wie die letzten Reichstagswahlen einen glänzenden Sieg der Bürgerlichen auf der ganzen Linie. Die sozialdemokratische Wahlstrategie mit der Möglichkeit einer sozialistischen Mehrheit offenbart sich als eine Fressfährung; das Geschrei dieser Partei über ihren Sieg ist es gleichfalls. Die Sozialdemokraten werden erheblich schwächer als 1919 in den preußischen Landtag einziehen, während die Kommunisten und Unabhängigen wesentlich stärker als damals vertreten sein werden. Die sozialdemokratische Politik während der deutschen Revolution hat mit den Waffen auch die indifferenten Massen wieder an die Bourgeoisie ausgeliefert. Die Deutschnationalen sind die Triumphtoren. Auf Kosten der Deutschen Volkspartei und auch der Demokraten vermehren sie ihre Stimmen gegenüber der Reichstagswahl ganz bedeutend. Und zwar so bedeutend, daß es ausgeschlossen erscheint, ohne ihre parlamentarische Unterstützung weiter regieren zu können; es sei denn, daß die Ebertpartei ebenso freudig wie sie mit Wilhelm und Labandorf regierte, sich zu einem trauten Bündnis mit Stinnes und der Deutschen Volkspartei findet.

Jetzt ist für die Fehrenbach und Koch der Augenblick gekommen, wo sie, gestützt auf den bürgerlichen Block in Bayern und Preußen, für das ganze Reich die schrankenlose Ausbeutung des Proletariats zum Gesetz erheben werden. Jetzt ist der Zeitpunkt da, wo sie auf demokratisch-parlamentarischem Wege, nach Recht und Gesetz, den achtstündigen Arbeitstag in einen zehn- oder zwölfstündigen verwandeln werden. Wer sich widersetzt, wer sich gegen verlängerte Arbeitszeit bei verkürzten Löhnen auflehnt, verdirbt hierfür gegen das Gesetz und wird mit dessen voller Schärfe bestraft werden.

Die Arbeiterbewegung ist in Gefahr, auf geschlechtlich-demokratischem, parlamentarischem Wege unmöglich gemacht zu werden.

Werden sich die Sozialdemokraten dem zu erwartenden Parlamentsbeschluß, der den Achtstundentag abschafft, fügen? Oder werden sie unter Mißachtung der Demokratie die Arbeiter aufrufen zur Verteidigung der letzten Errungenschaften der Revolution?

Dem Generalfreiwil der Arbeiter zur Verteidigung des Achtstundentages wird die parlamentarische Regierung der Ausbeuter den Belagerungszustand und das Standrecht entgegenzusetzen. Und dann wird die Frage, Demokratie und weißer Terror oder soziale Revolution und Herrschaft der Arbeiterklasse von allen Arbeitern und ihren Organisationen zu entscheiden sein.

Wir fragen die Sozialdemokraten, wollt ihr der bürgerlichen Demokratie die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung opfern, wollt ihr euch der bürgerlichen Mehrheit auf Gnade und Ungnade fügen, oder wollt ihr gemeinsam mit uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln das Verhängnis von der Arbeiterschaft abwenden, ihre Lebenslage bessern? Wir erwarten Antwort.

Den Offenen Brief der Kommunisten haben die anderen Arbeiterparteien abgelehnt. Sie verzichteten, trotz der drohenden Gefahr darauf, der bürgerlichen die proletarische Einheitsfront entgegenzusetzen. Und dennoch bleibt die Einheitsfront der Arbeiterschaft, geschaffen zum Kampfe, der einzige Weg zur Rettung. Was die Reformisten heute tun, die Zertrümmerung der letzten Nachpostitionen des Proletariats, der Gewerkschaften, durch den Finanzwurf der Kommunisten ist angeht die Lage verbrochener Bahnstamm. Die Arbeiter werden ihn nicht mitmachen, sondern nötigenfalls über die hinderlichen Führer hinweg den Weg zueinander finden, um der im Parlament verkörperten bürgerlichen Klasse die gewaltige Kraft der Arbeiter entgegenzusetzen.

Das Ergebnis der Landtagswahl zeigt den Arbeitern mit voller Klarheit, daß wir schweren Kämpfen entgegen gehen, in denen alles auf dem Spiele steht, daß die bürgerliche Demokratie die Frage der Horthy-Henke unter der Maske trägt, daß nur der endgültige Bruch mit allen pazifistischen und demokratischen Illusionen der Arbeiter befähigen kann, den Angriff der bürgerlichen Parlamentarierheit, die mit Prof. v. Huber 10—15 Millionen deutsche Arbeiter auf die Friedhöfe auswandern lassen will, abzuwehren.

Arbeiter, aufgewacht!

Die Unabhängigen Sozialdemokratischen Parteien Sock und Sachsen haben sich laut Verbandsratsbeschlusses vom 13. Februar mit der Sozialdemokratischen Partei vereinigt. Wir sehen in dem Zusammenschluß des gesamten werkschaffenden Volkes die wirksamste Waffe gegen die Reaktion. Wähler und Wählerinnen der USPD. enthalten sich nicht der Wahl, sondern wählen am kommenden Sonntag die Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Richter als wir dachten ist also der Weg, der von Halle in das Lager der SPD. führt und den die gesamte USPD. nach der Spaltung unweigerlich sehen muß.

## Ausland.

### Neuer Eisenbahnerstreik in Warschau.

Warschau, 18. Februar. In der Streikfrage ist anheftig der polnische Eisenbahnerverband eine Spaltung eingetreten. Die Arbeiter der Bahnwerkstätten, die eine radikale Richtung verfolgen, verurteilen die Haltung des Eisenbahnerverbandes, welches der Regierung eine weitere Frist bis zum 7. März gesetzt hat. Die Vertreter der Bahnwerkstättenarbeiter haben sich abgespalten und dem Eisenbahnerverband ausgetreten und haben sich den Fachverbänden der Maschinenarbeiter, Bauarbeiter und Bergarbeiter angeschlossen. Die Regierung der Bahnwerkstätten streikt gegenwärtig. Der

Eisenbahnenminister ordnete die Schließung der Werkstätten an. Der Vorsitzende der Bahnarbeitergewerkschaft und ein Eisenbahnerführer sind verhaftet worden. — Aus Anlaß der in Polen drohenden Streiks bringen die Nationaldemokraten im Sejm einen dringenden Gesetzentwurf zur Streikabwehr ein. Der Entwurf unterstellt die Streikaufrufung in gewöhnlichen Betrieben einer Gefängnisstrafe von drei Wochen und auf Eisenbahnen, in Bergwerken und dergleichen eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten; die Aufforderung zum Generalfreiwil soll mit 5 Jahren Zuchthaus bestraft werden. — In Sonntag ist der Delegiertentag der polnischen Landarbeiter einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Frage des Landarbeiterstreiks im Frühjahr; ferner wollen die Landarbeiter Stellung zur Nichtdurchführung der Agrarreform nehmen.

Warschau, 19. Februar. In Warschau sind die Eisenbahner aus Empörung über die Repressalien der Regierung neuerdings in den Streik getreten. Der Eisenbahnenminister verurteilt einen Entschluß, wonach alle Eisenbahner daraufhin entlassen sind. Die Werkstätten von Radom, Jazowce und Szepach (?) haben sich durch Streik angeschlossen. In Warschau ist der größte Teil der gewerkschaftlichen Justizbeamten der Bahnarbeiter verhaftet worden. Gleichzeitig hat damit eine neue Welle von Verhaftungen polnischer Arbeiter eingesetzt.

## Wiedererwachen der revolutionären Bewegung in Ungarn.

„Kosta Wien“, den 19. Februar. Der Kongress der ungarischen sozialdemokratischen Partei dürfte mit dem Sturz der Parteileitung enden, zu welcher kein Vertrauen mehr haben. Auf dem Gewerkschaftskongress, der in Kürze stattfinden soll, wird in Horthy-Ungarn die Opposition zum erstenmal offen auftreten. Die Industriearbeiter verlangen 100prozentige Lohnerhöhung gegenwärtig, weil die Teuerung aller Lebensmittel zum Aussterben der unterdrückten Arbeiterschaft führen muß, wenn sie die unmenschlichen Löhne weiter dulden würde. Horthy hat dem Sekretär der christlichen Gewerkschaft erklärt: „Wenn die Arbeiter tatsächlich eine Lohnerhöhung fordern und mit dem Streik drohen, so will ich ein Blutbad anrichten, das Europa noch nicht gesehen hat.“ In den Kasernen halten die Offiziere Versammlungen wegen der bolschewistischen Gefahr ab.

## Gewerkschaftliches.

### Der Beginn der Gewerkschaftsspaltung?

Die Maßnahme des Bauarbeiterverbandes, der sämtliche Teilnehmer an der Halle'schen Konferenz auszuschließen beabsichtigt, das Vergehen des Metallarbeiterverbandes, bei Brandes mit dem Auftrage nach Halle schickte, dort die Gewerkschaften von den Kommunisten zu säubern, deutet ebenso wie die Maßnahme des Eisenbahner- und Bergarbeiterverbandes darauf hin, daß der A.D.B. den Beschluß gefaßt hat, mit der Offenheit gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften zu beginnen.

Unsere Genossen werden mit aller Energie dieses Spaltungsweg verhindern müssen.

## Die „Rote Armee“ vor dem Außerordentlichen Gericht.

### Die Kasseler Verhandlungen.

Von unserem nach Kassel entsandten Mitarbeiter erhalten wir über den 4. Verhandlungstag folgenden Originalbericht:

Die Verlesung der Aufzeichnungen Harbichs wird fortgesetzt. Unter anderem berichtet Harbich, Schönbeck habe gesagt, die Aktion müsse verschoben werden, die Gewerkschaftsbürokratie sei für das Fehlschlagen verantwortlich. Die Betriebsrätekonferenz hätte den Generalkrieg — Hamborn — nicht beschließen können.

Rechtsanwalt Sidel hat alles aufgeschrieben, es handelt sich um eine gewerkschaftliche Aktion. — Vorsitzender: Wer ist Schönbeck? — Harbich: Der Gewerkschaftssekretär. In dem Material ist auch die Rede von Waffenlagern bei Bürgerlichen.

Vorsitzender: Die Staatsanwaltschaft hat ermittelt, daß Waffen an den betreffenden Stellen nicht vorhanden waren. Verteidiger Dr. Wolf: Wer die Akten benutzt hat, um Mitteilungen in die Presse zu lancieren, der wird auch die Stellen gewarnt haben. Ist doch sogar bei dem bei Klingmüller beschlagnahmten Material ein

Aufmarschplan der Orgeesch gegen Frankreich verschwunden. Die Verteidigung stellt das unter Beweis. — Der Staatsanwalt bleibt stumm! In der weiteren Vernehmung erklärt Harbich, er halte seinen Logiswirt für einen Spion. Ein Teil seiner Aufzeichnungen sei schon vor seiner Verhaftung bei der Staatsanwaltschaft gewesen. Auf der Straße (der Logiswirt) habe ihn veranlaßt, vernichtetes Material wieder zu rekonstruieren. Als er damit fertig war, erfolgte die Verhaftung. — Auf der Straße soll als Zeuge geladen werden. Aus einem der Zettel mit stenographischen Notizen wird folgendes entziffert:

Däunig soll Troßki Deutschlands werden. Die nächsten Szenen wandeln sich zu einem Tribunal gegen den Staatsanwalt Dr. Meyer, der sich selbst als deutschnational und als Monarchist bezeichnet hatte. Er hat — wohl aus Versehen —, um das Gericht zu informieren, Material zu den Akten gegeben, das ihm die Verteidigung als Stecken zwischen die Beine warf. Herr Dr. Meyer kolportierte. Das Material besagt folgendes: Es bestehen mehrere Trupps ehemaliger Ehrhardt-Soldaten. Von zwei Angehörigen eines solchen Trupps war Anzeige über ein Waffenlager erstattet worden, die Waffen wurden gefunden, sie sollten wohl Beweis für das Vorhandensein von

Waffenlagern der Roten Armee dienen.

Ins Gedränge gebracht, erklärte der Staatsanwalt, er halte die beiden Anzeiger für Betrüger, die selbst verpackte Waffen angezeigt, um die Belohnung zu erhalten. Die Leute würden verfolgt.

Ein anderer Trupp nennt sich „Rotehr“. Die der Staatsanwalt behauptet, seien die Leute „mit Genehmigung der Regierung zu wirtschaftlichen Zwecken“ zusammengekommen. Sie würden bald hier, bald dort gemeinschaftlich verwehrt.

Dr. Wolf: So harmlos ist die Sache nicht, es handelt sich um versteckte militärische Organisationen mit dem Ziel eines Krieges gegen Frankreich und auch gegen die Kommunisten. Ich beantrage die Verlesung des gesamten Materials. Es wird erwidert, daß Bayern schon im vorigen Jahre mit der Orgeesch den Krieg gegen Frankreich aufnehmen wollte. Werbekräften waren eingeschickt, im Semmelager wurden die Truppen zusammengeführt, dann auf Güter verteilt; sie fanden bereit zum Losschlagen. Sie sollen Reichswehr und Orgeesch im Krieg gegen Frankreich unterstützen, der schon im März bis sechs Wochen ausbrechen könnte. Alle diese Na-

gaben hat St. Gehrie dem Kriminalkommissar Kessering-Tagreuth gemacht, den er für Werbezwecke gewinnen wollte. Anzeige ist erstattet worden, aber der Staatsanwalt ist nicht eingeschritten!

Der Staatsanwalt widerspricht der Verlesung der Akten; er wolle als wahr unterstellen, daß die Angeklagten an das Vorhandensein von Orgeeschtruppen geglaubt und sich bedroht gefühlt hätten. Die Motive seien bei der Straf-bemessung belanglos.

Der Verteidiger erklärt, es kommt Putationotwehr in Frage.

Das Gericht beschließt die Verlesung. Die Angaben des Verteidigers werden bestätigt. Weiter ergibt sich, daß das Verfahren gegen Gehrie eingestellt worden ist. Warum? Höchst einfach. Der Staatsanwalt, bei den Proletariern sehr eifrig, sich selbst bemügend, läßt den Beschuldigten durch einen Beamten vernehmen. Gehrie erklärt: Er sage bald so, bald so, je nachdem er die betreffenden Personen beurteile. In Wirklichkeit hätte die „Rotehr“ keine militärische Aufgabe, sie verfolge nur wirtschaftliche Zwecke. — Das genügt. Das Verfahren wird eingestellt; man hält es nicht für nötig, den Kriminalkommissar zu vernehmen. Man merkt, der Staatsanwalt ist gläubig oder ungläubig, je nachdem.

Dr. Wolf: Das Verfahren ist sehr merkwürdig, ebenso merkwürdig wie das Verschwinden von Werbeinferten usw. aus diesen Akten und das Verschwinden des Aufmarschplanes der Orgeesch gegen Frankreich aus dem bei Klingmüller beschlagnahmten Material. Ich beantrage nunmehr Beweiserhebung über das gesamte Material, das ist zur Bewertung des Verhaltens der Angeklagten von erheblicher Bedeutung. Der Verteidiger stellt weitere Beweisangebote. Lehrer Frenzel, Scheinrat Baum und Chemiker Schulz sollen betunden, daß sie als militärische Leiter der Orgeesch für Ostasien fungieren, Hauptmann v. Lamm, Oberst v. Thannstein, Oberleutnant Weißhaupt und Oberleutnant von Bülow-Rüchsen sollen betunden, daß noch jetzt eine enge Verbindung mit der Orgeesch und dem Jungdeutschen Orden in Kassel (dem Staatsanwalt Dr. Meyer intim bekannt) besteht; Bergassessor Willig-Effen, Hauptmann Bülow-Siegen und Kaufmann Böckmann sollen betunden, daß in Siegen eine Eisenerz-Kampfor-ganisation besteht, Herr v. Wehlauf soll betunden, daß er eine Organisation in Wehlauf betunden können. Weiter wird beantragt, die Akten im Verfahren gegen den freigesprochenen Leutnant Müller-Waldenburg einzuziehen, und schließlich wird die Ladung des Ministerialrats Badt, Dezernenten für Orgeeschsachen im Ministerium, beantragt. Der Zeuge soll betunden, daß sich über ganz Deutschland eine bewaffnete Orgeesch erstreckt, die zum Losschlagen bereit ist.

Das Gericht beschließt, in einer späteren größeren Sitzung über die Anträge zu entscheiden.

Durch Fragen an den Angeklagten Harbich stellt der Verteidiger Dr. Wolf noch fest, daß weder er, noch einer der Angeklagten eine militärische Funktion übernommen hatten, daß Harbich lediglich ermittelt und sich dabei an Parteiführer gewandt habe, daß die Partei mit seiner Organisation nichts zu tun hatte, und daß sie nur als Abwehr und nicht als Angriffsvorbereitung gedacht war. Auf weitere Fragen erklärt Harbich, daß er den Angeklagten Jacher nicht kenne. Im Vorverfahren hat er anders betunden, J. soll in einer Konferenz gewesen sein und gesprochen haben. — Der Staatsanwalt bezweifelt die Richtigkeit der jetzigen Betundung. Verteidiger Wolf: Ich stelle unter Beweis, daß in der Konferenz ein Mann namens Zeise war, es liegt offenbar eine Verwechslung vor. Nachdem Harbich hier Zeiser gesehen, erkennt er seinen Irrtum. Ich beantrage für Zeise eventuell freies Geleit. Weiter stelle ich unter Beweis, daß die bei Jacher im Klostet gefundenen Richtlinien von einem Spion zugesteckt worden sind.

Die Verhandlungen werden auf Montag vertagt.

### Der Essener Mordprozeß.

Nachdem der Staatsanwalt nun auch § 227 StGB. (Beteiligung an Streik, Kaufhandel durch eigene Schuld) an-jog, hielt es die Verteidigung für dringens geboten, auch hierfür den Gegenbeweis anzutreten. Denn die Vorgänge am Wasserturm nach dem Hissen der weißen Fahne können niemals, wie es die Staatsanwaltschaft möchte, aus dem ganzen politischen Rahmen (Kapp-Putsch) herausgerissen werden. Es ist für die Angeklagten von ausschlaggebender Bedeutung, durch die Beweisführung festzustellen, daß sie aus dem edelsten Motiven — die konterrevolutionäre Kappregierung wieder zu beseitigen — gehandelt haben, als sie den Kampf gegen die Wasserturm-Besatzung aufnahmen. Aus diesem Grunde beantrage die Verteidigung den Genossen Steiner als einen der Führer der Roten Armee zu laden, der bezeugen soll, daß in derselben allgemein die Auffassung vorhanden war, daß in Essen Kapp herrsche, ferner die Leiter der Einwohner-wehr und der Seps zu laden, die bestätigen sollen, daß ihre Führer die Mannschaft zur Beteiligung am Umsturz auf-forderten. Der Redakteur Hufemann und ein christlicher Ge-werkschaftssekretär als unbefangene Zeugen sollen anfragen, daß sie bereits am 14. März an einer Sitzung von Arbeit-nehmern und Bergherren teilgenommen haben, in welcher der Großindustrielle Stinnes den Vorschlag machte, den General-streit abzubrechen und

das Ruhrgebiet für selbständig zu erklären.

Danach hätte also der Berggewaltige Stinnes seinen „Patriotismus“ dadurch beweisen wollen, daß er sich zugunsten seiner unversicherten Geldsack-Interessen einen eigenen willfährigen Staat schaffen wollte. Daß ihm dieser laubere Plan, an die Seite des Rheinbundmachers Dorten zu treten, nicht gelang, ist der entscheidenden Abwehr der organisierten Arbeiter zu danken. Die beiden Zeugen sollen aber auch bestätigen, daß die Bergherren unter Führung Stinnes es ablehnten, sich gegen die Kappregierung zu erklären. Da die Staats-anwaltschaft gegen diesen Antrag der Verteidigung Einspruch

erhob, konnte noch kein Gerichtsbeschuß darüber herbeigeführt werden.

Wie wir bereits berichteten, steht fest, daß erstens die Besatzung den Rat der Essener Polizeibehörde, den Kampf einzustellen, nicht befolgt; zweitens daß nach dem Hissen der weißen Fahne noch Handgranaten aus dem Turm in die entleerte Menge geworfen wurden. Am 7. Verhandlungstage wurde durch den Belastungszeugen Wolter von der Besatzung noch folgendes bezeugt:

Auf die Ruße aus den Dachfenstern der gegenüber des Turmes liegenden Häuser: „Wollt Ihr Euch ergeben?“ ist mit einer Gewehrhalbe geantwortet worden. Ferner hat der Zeuge in seinem von ihm nach dem Kampfe gemachten dienstlichen Geschäftsberichte geschrieben: Nachdem die Fahne gehißt war und wir uns ergeben hatten, wurde noch aus dem oberen Stockwerk des Turmes von einer Maschinengewehr-Bedienung gefeuert. Er glaubt, daß der Befehl zur Einstellung des Feuers erst nach ungefähr 3 Minuten nach oben gelangt sei.

Die Verteidigung stellt ferner unter Beweis: Der ehemalige Rotgardist Sibilla ist bei der Uebergabe des Turmes von dem ersten herankommenden Offizier mit einem Revolver durch den Hals geschossen worden. Wenn das auch noch erwiesen wird, und der Zeuge Wolter's sagte einmal aus: „Wir glaubten nicht, daß wir mit dem Leben davon kommen würden“, dann erscheint unsere Vermutung, daß die Besatzung zum Teil ihr Leben so teuer als möglich verlaufen wollte, daß sie also vorzüglich noch möglichst viele ihrer Gegenpartei vernichten wollte, sehr wahrscheinlich. Die Besatzung hat also alles getan, um die Angreifer bis aufs Blut zu reizen und hat alle Ursache, sich die Folgen selbst zuzuschreiben.

Die Verhandlung ergab fernerhin, daß ein weiterer schwerer Belastungszeuge unschädlich gemacht wurde. Dieser wurde vom sachverständigen Arzt für so beschränkt erklärt, daß auf seine Angaben kein Gewicht gelegt werden dürfe. Diesem Zeugen waren vom vernehmenden Kommissar die falschen verleumdenden Aussagen in den Mund gelegt worden.

So bricht eine Stütze der Staatsanwaltschaft nach der anderen zusammen. Sie denkt jedoch nicht im entferntesten daran, ihren Nachsehbzug gegen die noch in ihren Händen befindlichen 15 Opfer aufzugeben. Und wenn ich die Ladung sämtlicher Gefängnisaufseher und aller Führer der Seps beantragen muß, ich werde die Beweisführung durchführen. Wir haben Zeit.“ (Geld dafür werden wir Steuerzahler natürlich aufbringen müssen. Die Red.) So erklärte der Staatsanwalt Weidenhaupt einmal.

## Aus der Provinz.

### Die Fürstensteiner Bergarbeiter für die proletarische Einheitsfront.

Agitationsbezirk Waldenburg. Am Donnerstag, den 17. Februar, fanden in der Herberge in Waldenburg vor- und nachmittags je eine Belegschaftsversammlung der Fürstensteiner Gruben statt. Nach Erledigung der Tagesordnung referierte der Genosse Konieczny über: „Der Zerfall des Kapitalismus.“ Die kurzen, scharf gefassten Ausführungen fanden die Zustimmung der Versammlung. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Vertreter der BRPD. ist zu den Betriebsrat-sitzungen zuzulassen.
2. Der Vertreter der BRPD. hat zu allen Betriebsrat- und Revierkonferenzen usw. Zutritt und beratende Stimme.
3. Die Belegschaftsversammlung ist mit den Forderungen des Offenen Briefes der BRPD. einverstanden und erklärt sich mit allen gegen eine Stimme für die Ausführung der Forderungen.

Kameraden und Genossen anderer Betriebe macht es ebenso, damit die Bremspolitik aufhört, damit die Gewerkschaften Kampfor-ganisationen des Proletariats werden, damit es die Gewerkschaftsführer nicht wagen dürfen, unsere tätigen Leute, die Kommunisten aus den Verbänden auszuschließen. Durch Klarheit zur Einheit.

## Lokales.

Breslau, den 22. Februar 1921.

Gämtliche Postabonnenten Breslaus werden gebeten, umgehend ihre Adressen Nikolaistraße 49/50 abzugeben.

**Wohnungsfrage.** wie man sie versteht. In der Dreifache 23 24 bewohnt ein Proletarier eine Wohnung, in der die Füße an den Wänden wachsen, in der die Sachen im Schrank verfaulen, in der die Betten dauernd feucht sind und die Lebensmittel den Wohlgeruch der Wohnung annehmen. Das ist keine Einzelercheinung. Tausende von Proletariaten müssen in solchen Steinhöhlen wohnen, ihre und ihrer Kinder Gesundheit hinführen. Es sind ja nur Proletariaten. — In Klein-burg hat man Luft, Licht und Sonne und ist nicht in Stille-gepflockt. — So sieht das Bild heute aus.

Es kann, wird und muß anders werden wenn das Volk aufsteht, wenn es den Willen zur Tat findet und handelt.

Diese bürgerliche Gesellschaft hat in ihren Beamten getreue Kulis ihrer Interessen. Herr Kreisarzt Dr. v. Geyssler beschäftigt die Wohnung in drei Minuten, keine der anderen Dulse gewohnt hat. Jetzt es jedenfalls nicht länger aus und gab dann den christlichen Beiseid, daß die Wohnung nicht als unbedingt schädlich gelten könne. Damit hatte sich diese unangenehme Angelegenheit für ihn erledigt und er übergab es dem städtischen Bauamt. Ein „seiner“ Herr Kumpfer hätte dem endgültigen Beiseid, daß die Wohnung weder gesundheitsschädlich noch über-ständig sei.

Wir richten an Herrn Dr. v. Geyssler die folgenden Fragen:

1. Ist eine Wohnung, an deren Wände Füße wachsen, nicht gesundheitsschädlich?
2. Ist eine Wohnung, in welcher die Sachen im Schrank verfaulen, nicht überstänbig?
3. Ist eine Wohnung, in welcher die Betten dauernd feucht und verstockt sind, nicht gesundheitsschädlich?
4. Ist eine Wohnung, in der man sich die Füße erfriert, kein Überstänbig?

Wir glauben es dem Herrn Kreisarzt ganz gern, daß für ihn die Wohnung nicht unbedingt gesundheitsschädlich ist, er wohnt ja nicht drin. Er würde aber ganz bestimmt anderer Meinung sein, wenn er nur mal acht Tage in dieser Pöhle hausen sollte.

Welche Ansprüche die Bourgeoisie in Punkt Wohnung stellt, zeigt diese. Und wir gedenkt: Der Eisenbahnpräsident des Direktionsbezirks Breslau hat im rechten Flügel des Hauptbahnhofgebäudes "nur" 29 Zimmer bewohnt.

Wir erwarten von der Wohnungs-Kommission, ohne mit 50 Mark nachzuhelfen, daß sie sich ernstlich um die "traurigen" Wohnungsverhältnisse des Herrn Bourgeois im Hauptbahnhofgebäude kümmert und daß die Proletariatsfamilie in der Breite-Strasse 23/24 endlich aus der Pöhle herauskommt, die nach dem persönlichen Anspruchs des Herrn Kreisarztes sich nur zur Vermietung als Lagerraum eigne. Unverständlich ist uns die Einstellung des Herrn Kreisarztes, der erst zu dieser Feststellung kommt und dann ein Schreiben veranlaßt, die Wohnung sei weder gesundheitsschädlich noch überflüssig.

Wir erwarten, daß sich die Wohnungs-Kommission um die Angelegenheit kümmert, wir sind uns aber heute schon gewiß, wie die Antwort sein wird. In Sachen des Herrn Eisenbahnpräsidenten wird es sich um eine "Dienst"-Wohnung handeln und in Sachen des Proleten wird man nichts um können, weil die "verfügbaren" Wohnungen fehlen. Diese "verfügbaren" Räume sind in unserer bürgerlichen Gesellschaft in den Händen der Bourgeoisie, die sie zu ihrer Bequemlichkeit braucht und darum müssen Proletarier in Pöhlen wohnen.

Das wird erst anders werden, wenn das Proletariat sich erhebt und die Ordnung der Dinge selbst in die Hand nimmt. Eine andere Erklärung werden wir nie ausprechen, wenn gleich der Herr Polizeipräsident mit Klischee droht.

**Der Streik der Konfektionsarbeiter.** Der Streik in der Herren- und Knabenkonfektion geht unverändert und mit verstärktem Mitleid weiter. In der Presse wurde vor einigen Tagen mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium vermittelnd in den Streik eingreifen will und am Sonnabend, den 19. Febr., Verhandlungen stattfinden sollen. Der Oberbaurat der Bekleidungsindustrie, Herr Syndikus Stern, hat aber dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß sein Verband nicht bereit ist, lediglich auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums an dieser Verhandlung teilzunehmen. Herr Syndikus Stern verlangt, daß die am Streik beteiligten Arbeitnehmerorganisationen an das Reichsarbeitsministerium einen Antrag stellen sollen, dann wird der Arbeitgeberverband hierzu Stellung nehmen, um danach zu befinden, ob er an solchen Verhandlungen teilnehmen wolle. Während also die Arbeitnehmer bereit waren, an solchen Verhandlungen teilzunehmen, lehnen die Arbeitgeber ab. Dadurch ist eine Verschärfung des Kampfes eingetreten, welche sich in den nächsten Tagen sichtbar machen wird.

Die maßlose Frechheit und Ueberhebung der Bourgeoisie, die in den Novembertagen 1918 bei den Arbeiterverbänden um Gnade und gut Wetter wußte, spricht daraus. Man sieht sich wieder und läßt Löhne an wie in der Vorkriegszeit, als es noch keinen Bürgerkrieg und noch keine Arbeitsgemeinschaft zum Wiederaufbau der kapitalistischen Ordnung gab. Die Konfektionsarbeiter können daraus sehen, man will "besser" sein und der Sozialist aber schon bemüht um Verhandlung zu hören, worüber man dann in Erwägung treten wird, ob man an solchen Verhandlungen teilnehmen will. Die Bourgeoisie will den Kampf und sie muß ihn wollen, denn nur im Kampfe kann sie die letzten Positionen der Novemberrevolution 1918 zerbrechen. Es kommt also darauf an, daß das Proletariat sich auf diesen Kampf einstellt. Den Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen muß es unbedingt gelingen, gegen den zusammengesetzten Willen der Ausbeuter alle Zweige der Produktionsindustrie auf den Kampfplan zu bringen. Nur in großen, einheitlich geführten Kämpfen kann das Proletariat Siege gegen die in Syndikaten, Kartellen, Zünften zusammengeschlossenen Bourgeoisie, die ausbeutende Kapitalistenklasse, erringen.

**Die Arbeit des Schlichtungsausschusses.** Bei dem Schlichtungsausschuss der Stadt Breslau gingen im Laufe des Monats Januar an Kollektivstreiktagen 35 neue Fälle ein, während weitere 58 Sachen als erledigt aus dem Vormonat übernommen und 10 frühere Anträge wieder aufgenommen wurden. Von den neuen Anträgen wurden 33 auf Veranlassung

von Arbeitnehmern aufgenommen. Erledigt wurden 41 Sachen und zwar 4 binnen drei Tagen, 6 binnen einen, 11 binnen zwei Wochen und 20 binnen längerer Zeit. Ueber Einzelfachen wurde während des gleichen Zeitraumes in 233 Fällen entschieden, bei denen es sich bei 2 Sachen um Anträge auf Wiederbeschäftigung, bei 223 um solche auf Weiterbeschäftigung, bei 8 um Genehmigung von Entlassungen und bei 6 um verschiedene handelte. Bei dem Schlichtungsausschuss des Demobilisierungsausschusses belief sich die Gesamtzahl der Anträge im verflochtenen Monate auf 285. Erledigt wurden 209 Sachen, davon 183 durch Entscheidung.

**Die Straßenbahn-Gutscheine weiter in Gültigkeit.** In der Stadt ist das Gerücht verbreitet, die 20 Vfa.-Gutscheine der Straßenbahn würden vom 15. Februar 1921 ab ihre Gültigkeit verlieren. Die Folge davon ist, daß an die Zahlstelle täglich für mehrere Hundert Mark Gutscheine zurückgeliefert werden. Es wird demgegenüber ausdrücklich festgestellt, daß die Gutscheine vom Dezember 1919, wie vom Jahre 1920 weiter in Geltung bleiben, und daß daher zu ihrer Zurücklieferung nicht der geringste Anlaß vorliegt.

**Stiftung für Kriegsverletzte.** Bei der hiesigen Oberrealschule I, am Lehndamm, besteht eine kleine Stiftung von ungefähr 2000 Mark, die solchen Kriegsverletzten zugute kommen soll, die mit der Schule in Beziehung stehen (frühere Schüler usw.) Gesuche sind an die Oberrealschule I, am Lehndamm, zu richten.

### Literarisches.

**Kommunismus Nr. 3/4.** Preis 2 Mark. Inhalt: Zur internationalen Lage — Die Aufgabe der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. — Der wirtschaftliche Zusammenbruch der ungarischen Gegenrevolution. — Der Gegenübertritt in der Tschechoslowakei. — Der Wiederaufbau in Belgien. — Mitteilungen für Bücherfreunde. — Rosa Luxemburgs Briefe aus dem Gefängnis.

Allen Genossen, die sich mit der Theorie und Praxis des Kommunismus näher beschäftigen, wird diese Zeitschrift ein guter Wegweiser werden. Alle Nummern, wie auch obige, bringen ein reichhaltiges Material über die internationale Lage. Die wirtschaftlichen und politischen Artikel über die einzelnen europäischen und außereuropäischen Länder helfen uns, sich ein Bild zu machen über den Stand der proletarischen Bewegung und den verschiedenen Erdströmungen in diesen Ländern. Dies ist eine unbedingte Notwendigkeit, wenn man das Fortschreiten der Weltrevolution begreifen und verstehen will.

Sieben erscheint: Heft 2 des 5. Jahrgangs des "Forums", Herausgeber Wilhelm Herzog. Verlag Gustav Kiepenheuer, Potsdam-Berlin. Preis 3 Mark, 4 Mark für Betriebsräte und Betriebsorganisationen 3 Mark. Wilhelm Herzog: Der neue Gott des deutschen Bürgertums. Der Stummweg der deutschen Republik. Bethmann Hollweg f. Den Toten von Flensburg. Anatole France, Mitglied der kommunistischen Internationale. Den vor zwei Jahren ermordeten. Zum 15. Januar 1921. Clara Zetkin: Kunst und Proletariat. Anatole France, Naifer Julian. Margarete Bronsberg: Moses. Wilhelm Herzog: Aufrückes Königreich.

**"Jugend-Internationale".** Nr. 6. Kampfbogen der kommunistischen Jugend-Internationale. Inhalt: Heft Ungarn! Heft Irland! Heft Euch selbst! — Das kommende Jahr. Von Bela Balazs, Ungarn. — Kampfbild. Aus dem Irischen. — Die inneren Widersprüche des weißen Terror. Von Bela Balazs, Ungarn. — Wie lange noch? Von Ladislav Bajcsy. — Im Organismus Wald. Von Andor Garay. — Die jugendlichen Opfer des weißen Terrors. Von Ladislav Bajcsy, Ungarn. — Fluchtgedacht. Von Andor Löwinger. — Der weiße Terror und die ungarischen Jugendlichen. Von Erno Singer, Ungarn. — Ein Mord der Arbeiterjugend Ungarns. — Neue Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisationen? Von Billy Münzberg. — Briefe über Kunst. Von Lu Märten. — Junge Garde. Gedicht von Oskar Kanehl. — Soll die kommunistische Jugendorganisation einen wirtschaftlichen Kampf kämpfen? Von Richard Schiller, Wien. — Die Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisationen nach Uebernahme der Macht. — Zum Ausbau der Bildungsarbeit der kommunistischen Jugendorganisationen. Von Viktor Nöblich. — Soll die Jugendbewegung eine Massenbewegung sein? — Zum Weltkongress. — Anträge und Leitfäden.

Von der Tätigkeit des Exekutiv-Komitees. — Aufsatz an die Mitglieder der deutsch-böhmischen, tschechischen und slowakischen Jugendorganisationen! — An die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen von Belgien. — Das reich illustrierte 28. Seiten starke Heft kostet 1.50 Mk.

**Der junge Genosse.** Nr. 4, Preis 30 Pf., ist soeben erschienen. Endlich eine Kinderzeitschrift für Proletarierkinder, die so gut geschrieben ist, daß jedes Kind seine Freude daran haben muß. Jede einzelne Nummer bringt ungeheuer Wertvolles und ist eine gute Unterhaltung für Proletarier-Eltern in der Erziehung ihrer Kinder zu Menschen, die die soziale Ungerechtigkeit erkannt haben und darum auch tätige Kämpfer werden für den Kommunismus. Manchem Arbeiter, mancher schwer arbeitenden Mutter fehlen oft die richtigen Worte und der richtige Ton und leider nicht so selten auch das Verständnis, um dem Kinde die Ungerechtigkeiten und Schlichkeiten der herrschenden Klassen zu erklären. "Der junge Genosse" findet den richtigen Ton und zeigt auch den Weg und das Ziel der kommunistischen Kinderarbeit. "Der junge Genosse" sollte darum in keiner Familie eines Kommunisten und eines Proletariats fehlen.

Alle kommunistische Literatur besorgt die kommunistische Bucherei Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

### Versammlungskalender.

**Eisenbahnarbeiter.** Alle auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Mitglieder des DBA werden gebeten, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, da sie sonst keinen Zutritt zu der am 22. Februar stattfindenden Mitgliederversammlung haben.

**Kommunistische Frauen.** Diskussionsabend. Schule Minoritenhof an der Sch. Münzer Straße. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr. Vortrag vom Genossen Student Frei über: "Entwicklungslehre". Gäste willkommen.

**An alle Agitationskräfte.** Die Agitationsbezirke werden hiermit aufgefordert, Bestellungen für das Agitations-Programm anzugeben. Der Preis beträgt 20 Pf. für jede Nummer. Die Bestellungen für die Agitations-Korrespondenz bitten wir ebenfalls umgehend anzugeben.

**Wächter, District 10.** Dienstag abend 7 Uhr, Districtversammlung. Verteilungsausschuss. Alle auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Schneider, Versammlung am Dienstag, den 22. Febr., abends 6 Uhr, im Parteibüro.

**Zat Bund der Kriegsveter.** Mittwoch, den 23. Februar, nachm. 4 Uhr, Vorstandssitzung und Funktionärsitzung.

**Altwasser.** Donnerstag Diskussionsabend.

### Eingekauft.

(Für Zuschriften unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die presserechtliche Verantwortung.)

Die Ab-Artikler haben es in der letzten Zeit verstanden, Filme zu bringen, die in ihrer Art die heutige Zeit glänzend wieder spiegeln. Die heutige Aufführung "Großstadtträdel" bezieht auf die soziale Unterchiede Arm und Reich in seiner Wirkung auf die Liebe und Eitelkeit. Fast kommt man zu dem Eindruck, daß gerade die falsche Verständnisart der Unfähigkeit manchem Mädchen zum richtigen Verberb wird. Der Film geht auch anderen Auswüchsen des Berliner Lebens scharf zu Leibe, insbesondere dem unreligiösen Kampf nach schneller Reichtum. Die vorzügliche Darstellung schafft dramatische Wirkungen, die das Publikum, welches zahlreich erschienen, in andauernde Spannung erhielt, welche durch die vorzügliche musikalische Begleitung erhöht wurde.

Herausgeber: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.  
Annoncen-Expedition: Breslau 5, Museumplatz 7. Telefon: Ohle 1391  
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reuber,  
für Inserate: Liebshwager & Reyer.  
Druck: Buchdruckerei Pöfel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Stadttheater.**  
Dienstag 6 Uhr:  
Die Kaiserhänge  
von Fürberg.  
Mittwoch 7 Uhr:  
Wenn ich König wär.

**Oper-Theater.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
L. Göttsche's  
Die Töchter.

**Oper-Theater.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Jugend.

**Schauspielhaus.**  
Opernabende. II. R. 25-45  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die kleine Magd.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Der siebe Augustin.

**Liebig-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Menebels Löwen  
und das glänzende  
Februar-Programm.

**Geschlechts-**  
Irrtümer jeder Art (Blas-  
senentzündungen, Syphilis, Gonorrhoe,  
Hämorrhoiden, Prostata-  
entzündungen, etc.) werden  
sicher und rasch geheilt von  
Dr. med. Dr. med. h. c.  
H. Schmidt, Berlin S. 55  
Friedrichstraße 128. Sprech-  
stunden: 9-11 u. 2-4. Sonnt.  
10-11 Uhr. Besondere Be-  
sorgung von Spezialmitteln.  
Dankschreiben und Angele-  
genheiten richten Sie an:  
Quackersack, Berlin, Gefe-  
dener Straße 1. - oder an  
H. Schmidt, Berlin, Feh-  
derstraße 128. - oder an  
H. Schmidt, Berlin, Feh-  
derstraße 128.

**Das freie Land**  
Kommunistischer Bauerkalender für 1921.  
Preis 4 Mk.  
„Endlich ein Kalender, der wohlwollend ab-  
sieht von den üblichen Einheitslehren. Mit Auf-  
sätzen, Artikeln, feinen Erzählungen und mit  
Bildern, welche die heutige Zeit treu und charak-  
teristischer, ausgedrückt. Jeder Bauer, jeder  
Landarbeiter, jeder Proletarier sollte den  
Kalender besitzen.“  
Kommunistische Bucherei  
(H. Sell) Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

**Matthias-Kino.**  
Katharinenstraße 31  
und Katharinenstraße 1.  
Der sensationelle  
Spielplan:  
**Das Traumböck**  
6 Akte.  
Ein Tropfen auf 2  
Meere mit...  
und...  
— Ferner:  
**Der Irre**  
6 Akte.  
Tiefgründiges  
Schauenspiel.  
— Ferner:  
**Harry Ives**  
Komödie.  
Dienstag, Donnerstag  
3 Uhr nachm.  
Kinder-Vorstellung  
**Das Traumböck**

**ZEPTEKINO**  
Am 15. Donnerstag:  
7 neue Filmstücke  
**Die Ballhaus-**  
**Anna** 5 Akte  
Sitzkomödie  
Von der Streich-  
vieler zum Irrsinn.  
— Ferner:  
**Seltsame**  
Kriminalroman  
u. d. R. H. H. H. H.  
— Ferner:  
**Alt-Metalle**  
Komödie  
von O. O. O. O.

**Reklame**  
G. m. b. H.  
**Annoncen-Expedition**  
Breslau  
Museumplatz 7 \* Telefon Ohle 1391.

**Epälsprigen**  
jeder Art  
Sprengstoffe  
Schw.-z. Material  
Feuermittel  
Kartuschen  
Fr. C. Heßling  
Breslau L. Katharinenstr. 22.

**Gebruck-Anzüge**  
gut erhalten  
kauft  
Max Hadamck  
Danzwitzer Str. 9, III.

**HAARNISSE**  
Kopfschneide — Bart — Kopf-Nisse  
vollständig gemacht in 2 Stunden und  
mit  
**FR. B. MUCKENHAUPT**  
MÜNCHEN B. 4.

**Weibl. Hansangese**  
jeder Art, m. Zeit  
sucht für bald u.  
Städt. Hansangese  
Vermittlung